

Archiv

Vorstand des Sozialdemokratischen  
Presse Dienstes Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/220

Bonn, den 16. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Jugendförderung - klein geschrieben

96

Magere Ausbeute der Regierungserklärung  
Von Heinz Westphal, MdB

3

Erbitterte Positionskämpfe in der CDU

48

Wer wird Parteivorsitzender?

4 - 5

Notwendige Mahnung

99

Dr. h. c. Wenzel Jaksch, Präsident des Bundes der Vertriebenen  
über die Diffamierung der Emigration und der SPD

6 - 7

Griechen in der Bundesrepublik

87

Wie die Auslandsgriechen auf die Verfassungskrise  
in ihrer Heimat reagieren

Von kommunistischer Infiltration keine Rede  
Ein politisierender Botschafter

Von \* \* \*

Jugendförderung - klein geschrieben

Magere Ausbeute der Regierungserklärung

Von Heinz Westphal, MdB

Nur sehr mager ist die Ausbeute, wenn man die Regierungserklärung vom 16. November auf ihren jugendpolitischen Inhalt prüft. Da ist z.B. die wohl vordringlichste Frage nach einem umfassenden System gezielter Ausbildungsförderung für alle jungen Menschen. Der vierte Bundestag hatte dieses Thema etwas resignierend mit dem Auftrag an die Bundesregierung abgeschlossen. Gespräche mit den Ländern über ein Verwaltungsabkommen zu führen. Vorher hatte die Mehrheit des Hauses das ominöse "Schüler-Gehalt" als Ausbildungszulage im Rahmen des Kindergeldgesetzes durchgepaukt. Nun heisst es in der Regierungserklärung nur noch schwach und schwammig:

"Die Bundesregierung wird ihren Teil dazu beitragen, dass alle bildungswilligen und bildungsfähigen jungen Menschen in unserem Volke unabhängig von wirtschaftlichen Voraussetzungen die Ausbildung erhalten, die ihrer Begabung und Neigung entspricht."

Was dies konkret bedeutet, bleibt offen und unklar, wenn man nicht einen Blick in das Haushaltsvorschaltgesetz wirft. Dort wird die Ausbildungszulage für Besucher weiterführender Schulen in den Jahren 1965 und 1967 von DM 40,- auf DM 30,- monatlich herabgesetzt. Das Wahlgeschenk wird reduziert. Von bildungspolitischen Wirkungen dieser Massnahme hätte man sowieso nur gerodet. Man brauchte kein Fachmann zu sein, um klarzusehen, dass diese nicht zu erwarten sind. Da ist es dann gleich, ob DM 40,- oder DM 30,-. Es wird nur etwas weniger Geld als vorgesehen "ausgeschüttet".

Ein weiterer Blick in das Haushaltsvorschaltgesetz lässt übrigens erkennen, wie auch noch an anderer Stelle die Bundesregierung dazu beiträgt, dass alle bildungswilligen jungen Menschen gefördert werden: Dem Gesetz über die Bildung eines Sondervermögens für berufliche Leistungsförderung wird ein Satz eingefügt, der lautet: "Das Jahr 1966 ist von der Mittelauführung an das Sondervermögen ausgenommen." Demnach werden also für Fortbildungszuschüsse und -darlehen und für die Errichtung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten usw. im nächsten Jahr DM 50 Millionen weniger als vorgesehen zur Verfügung stehen. Und dabei heisst es zu diesem Thema in der Regierungserklärung wörtlich:

"Die Bundesregierung hat die Verbesserung einer weitgespannten Politik der Ausbildungs- und Weiterbildungsförderung in die Wege geleitet, und zwar sowohl institutionell wie individuell."

Als Massnahme der Strukturpolitik sieht Erhard auch die "zielbewusste Förderung des beruflichen Ausbildungswesens" an. Nun wartet man gespannt auf die Ankündigung, dass jetzt endlich in dieser Legislaturperiode das Berufsausbildungsgesetz vorgelegt und verabschiedet werden soll, denn der einstimmige Auftrag des Bundestages dazu liegt bereits seit dem 27. Juni 1962 vor. Aber nichts davon! Geschwollen rollt es über die Lippen des Kanzlers:

"Angesichts der ausserordentlichen Differenzierung, die die verschiedenen Stufen des beruflichen Ausbildungswesens in Deutschland charakterisiert - und diese Differenzierung ist kein chaotischer Wildwuchs, sondern spiegelt die Anforderungen einer modernen arbeitsteiligen

Wirtschaft - , wäre es verfehlt, einer Reform dieser beruflichen Ausbildung im Sinne einer blossen Vereinfachung das Wort zu reden. Wir müssen diese Ausbildung vielmehr in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit verbessern, d.h. weiterentwickeln und überschaubarer machen."

Man fragt sich, wen denn der Kanzler kritisieren will, wenn er sich gegen eine Reform im Sinne einer "blossen Vereinfachung" wendet? Diese Forderung ist von niemand bisher vorgetragen worden. Im Gegenteil, es gibt sehr weitgehend ausgearbeitete, differenzierte Vorschläge für ein modernes, alle Wirtschaftszweige umfassendes Berufsausbildungsgesetz. Erhard aber beendet dieses Thema mit der nichtssagenden Formel, dass seine Regierung "auch das Berufsausbildungsrecht auf eine bessere und klarere Basis als bisher stellen" wird. Es wird Aufgabe des Parlaments sein, seine Regierung an früher übernommene Verpflichtungen zur Vorlage eines Gesetzentwurfes zu erinnern.

Im Wahlkampf hatte auch auf Seiten der Erhard-Partei die Förderung des sozialen Wohnungsbaues für junge Familien eine gewisse Rolle gespielt. Die Regierungserklärung bringt dies - sicher zur Freude vieler - in Erinnerung:

"Die Bundesregierung ist sich ... bewusst, dass die Förderung des sozialen Wohnungsbaues zugunsten kinderreicher Familien, alter Menschen und junger Ehepaare grosse Bedeutung behält."

Die Praxis allerdings sieht anders aus. Durch das Haushaltsvoranschaltgesetz wird der § 19a des Zweiten Wohnungsbaugesetzes - gerade erst beschlossen - für die Jahre 1966 und 1967 suspendiert. Ländern und Gemeinden entgehen DM 240 Millionen jährlich, die u.a. auch für die besondere Förderung des Wohnungsbaues für junge Eheleute gedacht waren. Etwas raxaker klingt dazu der Satz Erhard's an anderer Stelle: "Die Familienpolitik darf sich aber nicht nur in materiellen Leistungen erschöpfen." Die Regierung denkt in diesem Zusammenhang an die Vorlage eines Zweijahresberichtes über die Lage der Familie. Von dem früher so deutlich hervorgehobenen Gedanken, so bald wie möglich das Zweitkindergeld von Einkommensgrenzen zu befreien, ist allerdings nicht die Rede.

Mit der Bildungsplanung will die Bundesregierung die Förderung der ausserschulischen Bildung und Erziehung in Verbindung bringen. Eine wichtige Aufgabe des Bildungsrates wird darin erblickt. Hier sei nichts gegen diesen Gedanken, die Jugendförderung mehr in die Nähe der Bildungsaufgaben unserer Gesellschaft zu rücken, gesagt; doch wäre es sicher konkreter und der Sache dienlicher, wenn der für Familie und Jugend zuständige Minister der Regierung Erhard sich des gerade erst neu geschaffenen Instrumentes eines eigenen Bundesjugendkuratoriums besser bedienen würde, und es nicht - wie man bisher den Eindruck gewinnen musste - durch erhebliche Minderachtung zu strafen, weil es seinen Ansichten nicht nur applaudiert, sondern auch eigene jugendpolitische Vorstellungen vorträgt. Wenn man - wie es in der Regierungserklärung steht - den Bundesjugendplan aufgrund einer sinnvoller und sachgerechter Koordinierung (mit wem?) weiterentwickeln will, dann heisst das wohl oder übel vor allem, ihm eine höhere Dotation im Bundesetat zu verschaffen. Man wird abwarten müssen, was diese Bundesregierung unter "weiterentwickeln" versteht ...

### Erhitzte Positionskämpfe in der CDU

---

#### Wer wird Parteivorsitzender ?

sp - Der Öffentlichkeit ist es bis zum Überdruß klar geworden, daß die widerstrebenden Kräfte innerhalb der Union (hat dieser Parteiname überhaupt noch einen Sinn?), dem Kanzler nur einen schwachen Rückhalt geben. In sich zerstritten, ist dieses labile Unionsgebilde stets der Gefahr ausgesetzt, arbeitsunfähig zu bleiben. Hilflos ist der Kanzler den gegeneinander intrigierenden Kräften ausgesetzt. Der "Fall Kohn" ist ja nur ein Beispiel für viele andere. Erhard hat es nicht verstanden, eine eigene Hausmacht innerhalb der Unionsparteien aufzubauen. Der Krach der Union ist die Ohnmacht des Kanzlers.

Dem möchten nun einige Abgeordnete, unter Führung des KdE Klepsch abhelfen. Seit einiger Zeit bemüht sich Klepsch, dem Kanzler innerhalb der CDU eine Plattform zu geben. Die Pläne, die Klepsch bewegen, sind hochfliegend; er möchte von dem Säuseln, das er entfacht, mit hochgetragen werden. Er will den Kanzler zum Parteivorsitzenden künden. Es gilt nur noch ein gewichtiges Hindernis aus dem Wege zu räumen: Altbundeskanzler und Parteivorsitzender Adenauer hat noch gar keine Neigung, seinen Einfluß in der CDU aufzugeben und Erhard den Weg freizumachen.

Die Diskussion um den Parteivorsitz ist nun von Klepsch etwas voreilig in die Öffentlichkeit getragen worden; das wird den unvermeidlichen Parteiärgern nach sich ziehen. Denn hinter verschlossenen Türen waren die Parteioberen schon dabei, vorsichtig zu überlegen, wie man den alten Herrn bewegen könnte, den Parteivorsitz an einen Jüngeren abzugeben. Der CDU-Parteitag, der 1966 wieder stramme Geschlossenheit der Parteimänner in der Öffentlichkeit demonstrieren muß, verträgt keinen Streit um den Parteivorsitz.

Aber was soll man machen, wenn hinter den Kulissen die Hauptakteure und Anwärter auf den Parteivorsitz mit den eigenartigsten Mitteln gegeneinander zu Felde ziehen? Da erzählt man sich z.B. bei der CDU, Herr Dufhues wolle in jedem Fall "Zünglein an der Waage" zwischen Erhard und Adenauer spielen, um auf diese Weise - ganz gleich, wer Vorsitzender wird - seine Position zu stärken. Zu diesem Zweck besucht Herr Dufhues z.Z. die Landesverbände der CDU und gibt seinen Parteifreunden zu verstehen, er selbst wolle ja nicht Vorsitzender werden, aber wenn es nicht möglich sei, die Herren Adenauer und Erhard miteinander auszusöhnen, dann würde er sich doch wohl oder übel als Vorsitzender bereit halten müssen...

In Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz hat man diesen Wink mit dem Zaunpfahl schon verstanden. In Rheinland-Pfalz begriff man um so lieber, als Ministerpräsident Altmaier schon seit langen mit nur geringer Freude auf die "Nachwuchskraft" Klepsch blickt, der u.a. auch nicht abgeneigt wäre, dem rheinland-pfälzischen Landesvater Gemütsabzulösen.

Wo man also hinblickt: Die "Union" ist so mit sich beschäftigt und hat außer dem internen Machtkampf auch noch Angriffe von der CDU- und FDP-Flanke abzuwehren, daß es zweifelhaft erscheint, ob Erhard jemals Zeit haben wird, tatsächlich zu regieren.

Notwendige Mahnung

Dr. h. c. Wenzel Jaksch, Präsident des Bundes der Vertriebenen  
über die Diffamierung der Emigration und der SPD

\* In seinem Referat "Sozialpolitik und Nationalpolitik in un- \*  
\* serer Zeit" vor der elften Bundesversammlung der Seliger-Ge- \*  
\* meinde in Regensburg verurteilte Wenzel Jaksch, der Vorsit- \*  
\* zende des Bundes der Vertriebenen, unter leidenschaftlicher \*  
\* Zustimmung der Delegierten die von gewissen CDU/CSU-Kreisen \*  
\* während des Wahlkampfes unterirdisch geführte Schräkarpagne \*  
\* gegen Willy Brandt. Gerade die Opfer der Massenausreibungen \*  
\* können sich nicht den Luxus leisten, "die zur Mode gewordene \*  
\* Hetze gegen kompromißlose Gegner des Nationalsozialismus mit- \*  
\* zurachen", da sie damit die Vertretung des deutschen Rechts- \*  
\* standpunktes in der Weltöffentlichkeit gefährden. Im folgen- \*  
\* den ein Auszug aus seiner Rede: \*

"Wir wollen aber auch vor bedenklichen Randerscheinungen unsere Augen nicht verschließen. So ist nicht zu verkennen, daß der bayerische Sektor der Ackermann-Gemeinde auf den äußersten rechten Flügel der CSU abgewandert ist. Was sich sudetendeutsche Mitarbeiter des "Volksboten" vor der Bundestagswahl an Gehässigkeiten gegen die SPD leisteten, kann nur zu einer Abkühlung des Verhältnisses unserer Gesinnungsgemeinschaften führen. In einem Artikel der Würzburger "Deutschen Tagespost", der massenweise als Flugblatt verbreitet wurde, hat Dr. Franzel ausgerechnet die SPD für den Fall der Weimarer Republik verantwortlich zu machen versucht. Er steigerte diese Geschichtsfälschung bis zu der absurden Behauptung, der sozialdemokratische Parteiführer Otto Wels habe noch im Jahre 1933 "die letzten Reserven, die seine Partei noch an moralischer und faktischer Stoßkraft besaß", nicht etwa gegen Hitler, sondern gegen den Reichskanzler Schleicher eingesetzt, an dessen Sturz die SPD angeblich mitgewirkt hat.

So wird das Andenken eines Mannes besudelt, der Adolf Hitler in der letzten Reichstagsitzung in der Berliner Krolloper das Mein der SPD zum Ermächtigungsgesetz entgegenschleudert hat und der damit ein Stück Ehre des deutschen Volkes rettete...

Es stünde dem Pseudo-Historiker Emil Franzel wahrlich besser an, über die schwankende Rolle der Führer der Bayerischen Volkspartei zu schreiben, welche die Vorläuferpartei der heutigen CSU war. Der seinerzeitige Bundesfinanzminister Dr. Schäffer hat übrigens in beiden Parteien eine führende Rolle gespielt. Es war die Politik der Herren Dr. Held und Dr. Schäffer von der Bayerischen Volkspartei, die Sozialdemokratie auch in Bayern von jeder Mitregierung fernzuhalten, als die Hitlerdiktatur bereits vor den Toren stand. Alle Welt weiß überdies, wie sehr die ideenlose Deflationspolitik des Zentrumskanzlers Erling zu den Erfolgen des Nationalsozialismus beigetragen hat. Wenn Dr. Franzel aus Gründen einer infamen Wahldemagogie in solcher Weise die historische Wahrheit auf dem Kopf stellt, dann müßten sich wenigstens die jungen Historiker der Ackermann-Gemeinde zu Worte melden und diesem Wiederaufleben des Ungeistes einer antidemokratischen Zweckgeschichtsschreibung entgegentreten. Oder will man mit einer Politik grundsätzlicher Verlogenheit im eigenen Volke einen ehrenvollen Frieden mit unseren Nachbarvölkern vorbereiten?

Als Vorsitzender der Seliger-Gemeinde muß ich in diesem Zusammenhang an die breitere Öffentlichkeit meiner Landsleute und Schicksalsgefährten ein ernstes Wort sagen.

In einer Auseinandersetzung mit allen bösen Geistern dieses Zeitalters können sich die Opfer der Massenvertreibungen wahrhaftig nicht den Luxus leisten, die zur Mode gewordene Hetze gegen kompromißlose Gegner des Nationalsozialismus mitzumachen. Ich meine damit die schändlichen persönlichen Verunglimpfungen von Willy Brandt. Ich bin niemals ein blinder Gefolgsmann der einen oder anderen Parteiführung gewesen. Aus jahrelanger Zusammenarbeit mit Willy Brandt, die bis in die schwedischen Exiljahre von Ernst Paul zurückgeht, sage ich aus, daß die vertriebenen Deutschen vor der freien Welt keinen besseren Anwalt gefunden hätten, als den Regierenden Bürgermeister von Berlin. Alles, was man ihm mit halben Anspielungen und feiger Flüsterpropaganda vorgeworfen hat, gereicht ihm vor der Öffentlichkeit unserer westlichen Bundesgenossen und der skandinavischen Länder zur Ehre. Daß Willy Brandt mit 19 Jahren seiner Gesinnung wegen ins Exil gegangen ist, gibt ihm heute die Möglichkeit, bei jedem Besuch in den Vereinigten Staaten über alle Fernsehstationen zwischen New York und San Francisco zur führenden Nation der Freien Welt zu sprechen.

Die Freunde Deutschlands wissen es, daß Willy Brandt aus der Sicherheit seines norwegischen Exils 18 Monate in der Rolle eines norwegischen Studenten ins Dritte Reich zurückgegangen ist, um hier seine Aufgabe als Führer einer Widerstandsgruppe junger Sozialisten zu erfüllen. Wäre er dabei in die Hände der Gestapo gefallen, so hätten ihm die Folterknechte Himmlers alle Knochen zerbrochen und er wäre auf dem Richtblock von Plötzensee geendet. Was bedeuten gegenüber diesem Heldenmut solche läppischen Vorwürfe wegen Namensänderung oder die Annahme der norwegischen Staatsbürgerschaft oder die Berichterstattung über den Abwehrkampf der spanischen Demokratie gegen die faschistischen Horden Francos?

Es wäre eine dankbare Aufgabe für die Kirchen und die freiheitlichen Jugendverbände, ihren moralischen Einfluß geltend zu machen, daß im freien Teil Deutschlands die kompromißlose Gegnerschaft gegen das Naziregime keinem Politiker zum Nachteil gereiche. Neuseeländische Freunde haben es mit Entsetzen angehört, daß am Vorabend der Bundestagswahl ein Lautsprecherwagen die Parole verkündete - in Düsseldorf, dem Wohnsitz des Herrn Duffhues - : "Wählt keine Landesverräter, wählt CDU."

Dagegen hätten die Kirchen das Wort ergreifen müssen. Dagegen müßten sich alle anständigen Deutschen mit Empörung wenden, wenn sie für ihren Rechtsstandpunkt in der freien Welt Verständnis finden wollen.

Eine ernste Mahnung richtete Wenzel Jaksch an den Rat der sudetendeutschen Landsmannschaft, die Verbrechen, die im Sudetengebiet und gegen Tschechen von Nationalsozialisten begangen wurden auf das Konto ungewollter Zwangsläufigkeiten zu schreiben.

"Der Rechtskampf der Sudetendeutschen muß vielmehr auf einer schroffen Abgrenzung von den unbestreitbaren Verbrechen des Nationalsozialismus beruhen, die sowohl im Sudetenland als auch im Protektorat verübt wurden. Diese Orientierung ist die Voraussetzung unserer weiteren Mitarbeit im Sudetendeutschen Rat."

Griechen in der Bundesrepublik

Wie die Auslandsgriechen auf die Verfassungskrise  
in ihrer Heimat reagieren

Von kommunistischer Infiltration keine Rede

Ein politisierender Botschafter

Von \* \* \*

Die Aufmerksamkeit, die die internationale Presse der griechischen politischen Krise entgegenbrachte, wurde von den im Ausland lebenden und den Geschicks in ihrer Heimat nicht teilnahmslos gegenüberstehenden Griechen mit großem Interesse verfolgt. Da die latente Krise in Griechenland noch nicht endgültig beigelegt ist - das wird erst nach Durchführung neuer Wahlen der Fall sein - , erscheint es angebracht, eine vorläufige Bilanz des Griechenlandbildes zu ziehen, das die internationale Presse wiederspiegelt hat.

Die skandinavische Presse hat sich mit dem Sturz Papandrecus am 15. Juli 1965 durch die reaktionären Kräfte Griechenlands sehr gründlich auseinandergesetzt. Dies zeigte sich besonders in Dänemark, wo aus naheliegenden Gründen - die junge Königin in Athen ist eine dänische Prinzessin - die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung in Athen ein echtes Anliegen ist. Die f r a n z ö s i s c h e Presse hat aus anderen Gründen - das französische Interesse am Mittelmeerraum ist heute stärker denn je - die demokratische Bewegung Papandrecus fast geschlossen gutgeheißen.

Die d e u t s c h e Presse hat fast drei Monate lang die griechische Krise beinahe als Weltproblem Nr. 1 behandelt, allerdings mit verschiedenen Interpretationen, entsprechend der politischen Einstellung der jeweiligen Zeitung. Dieses starke Interesse an einer Verfassungskrise in einem mit dem Westen verbündeten Land spiegelt die zeitlich bedingte Wandlung der politischen Einstellung wider; nämlich die Erkenntnis, daß heute die Öffentlichkeit Störungen der Demokratie nicht indifferent gegenübersteht. (Wer kümmerte sich vor 40 Jahren um einen Umsturz in einem fernen Land?) Daraus wieder resultierend kann man zukünftige Kettenreaktionen in den westlichen Ländern erwarten, falls in einem ihnen nahestehenden Staat die Demokratie ernstlich gefährdet werden sollte.

Die Griechen in der Diaspora aber haben, wie es in den langen Jahrhunderten immer der Fall war, während der großen Krise in ihrer Heimat ihre Meinungen lebhaft zum Ausdruck gebracht. Die Bundesrepublik war ein sehr charakteristisches Terrain dafür. Dies ist kein Wunder, wenn man sich vergegenwärtigt, daß hier von allen europäischen Ländern die meisten Auslandsgriechen leben: Gastarbeiter, Studenten und Wissenschaftler stehen vor der 200 000-Grenze. Die Studenten fingen in der Bundesrepublik an, durch Schweigemärsche in Bonn, München und anderen Universitätsstädten ihre Anteilnahme an den Geschicks ihres Landes zu bekunden und mit Telegrammen an Georg Papandreuou ihrer Sympathie für seinen Kampf um die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung im Lande Ausdruck zu verleihen.

Dann folgen die Gastarbeiter: Tausende unterschrieben in Versammlungen Erklärungen zugunsten der Zentrumsunion, die in Griechenland mit einer der schaffenden Bevölkerungsschicht zugutekommenden Reform der sozialen Verhältnisse begonnen hatte. Jede dieser Versammlungen vollzog sich unter Beachtung der deutschen Gesetze und im Rahmen des neuen Ausländergesetzes, das jedem in Deutschland Lebenden alle Grundrechte des freien Bürgers garantiert, vorausgesetzt, daß er die Gesetze befolgt.

Dies wurde auch in der griechischen Presse mit Genugtuung konstatiert. Mit um so größerem Befremden aber wurde die merkwürdige Haltung des griechischen Botschafters in Bonn, Alexis Kyrou, aufgenommen. Vom ersten Tag der Krise an hat dieser Diplomat in den Sendungen des bayerischen Rundfunks für die griechischen Gastarbeiter die Erklärungen und Telegramme seiner Landsleute zugunsten Papandrecus als "Folge kommunistischer Infiltration" bezeichnet und die Griechen darauf hingewiesen, sie brächten sich selbst in eine Gefahr, indem sie die Aufmerksamkeit der deutschen Polizei auf sich lenken könnten. Ferner politisierte Botschafter Kyrou direkt und offen, indem er in einer deutschen Zeitschrift erklärte, Papandreu sei ein "Prokommunist" und werde nie wieder an die Macht kommen; in seinen Sendungen aus München betonte der griechische Botschafter, Demokratie sei keine familiäre Angelegenheit - in Anspielung auf Vater und Sohn Papandreu.

Diese, so kann man nur sagen, für einen Diplomaten einmalige Haltung in einem Gastland, brachte ihn bei seinen Landsleuten völlig in Misskredit. Ein Botschafter, der seine Landsleute provoziert und seinen Regierungschef, den er zwei Jahre lang und öffentlich gelobt hat, nun vor dem Ausland kompromittiert, sucht wohl seinesgleichen. Dieses war aber, so betonen politische Kreise in Athen, der einzige Mißklang der Stimmung unter den Griechen in Deutschland. Die Verhaltensweise des Botschafters hat im Gegenteil, wie man mehrmals in Bonn hören konnte, zu einer Zurückhaltung der deutschen Seite gegenüber einem Botschafter, der glaubt, auf diese Weise sein Land vertreten zu können, geführt.

Was nun das "Leitmotiv der kommunistischen Infiltration" betrifft, so gab in einem kürzlichen Interview der nordrhein-westfälische Innenminister Weyer darauf die Antwort, in dem er erklärte, ihm sei in seinem Regierungsbereich, in dem 61 000 Griechen tätig sind - das ist ungefähr ein Drittel aller Griechen in Deutschland - kein einziger Fall einer kommunistischen Betätigung bekannt.

Die offizielle Reaktion auf die "Führung" des Herrn Kyrou in Bonn steht noch aus, zumal er auch seinen derzeitigen Chef, den Außenminister Tsirimokos, mehrmals früher als "Kommunisten" bezeichnet hatte. Kyrous Landsleute in Deutschland aber erweisen den "Lehren" ihres Botschafters die entsprechende Aufmerksamkeit: Wenn alle 14 Tage am Sonntagabend seine Stimme erklingt, schalten sie einfach den Lautsprecher für fünf Minuten ab.